Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 303 × Dienstag, 31. Dezember 1935 43. Jahrgang

Uruguay gibt Sowjet-Protestnote zurück

Laval über das deutsch-französische Verhältnis – Neue abessinische Erfolge an der Nordfront – Erdstöße in Süddeutschland

Die Neujahrsempfänge

Erstmalig am 10. Januar

× **Berlin**, 30. Dezember. (Durch Funkspruch)

Auf Anordnung des Führers und Reichskanzlers sind die feierlichen Neujahrsempfänge, die sonst am 1. Januar stattfanden, im kommenden Jahr erstmalig auf Freitag den 10. Januar 1936 festgesetzt worden.

An diesem Tage wird der Führer und Reichskanzler um 12 Uhr mittags im „Haus des Reichspräsidenten", Wilhelmstraße 73, in der üblichen Form zur Entgegennahme und Erwiderung ihrer Glückwünsche die hier beglaubigten fremden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, Frhrn. v. Neurath, empfangen.

Vorher wird der Führer und Reichskanzler die Glückwünsche der deutschen Wehrmacht entgegennehmen, als deren Vertreter der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst v. Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie Frhr. v. Fritsch, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Dr. h. c. Raeder, und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General der Flieger Göring, beim Führer erscheinen werden.

Hotelbrand in Edinburgh

Drei Todesopfer — Theater in Sheffield abgebrannt

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L **Edinburgh**, 30. Dezember. (United Preß)

In einem der bekanntesten und größten Hotels von Neuschottland, dem New-Waverley-Hotel, brach heute nacht ein Brand aus, dem drei Menschen zum Opfer gefallen sind. Die drei Toten waren Angestellte des Hotels. Sieben Hotelgäste erlitten durch das Feuer oder beim Herabspringen aus den Fenstern Verletzungen.

Als die Gäste mitten in der Nacht durch den Feueralarm aufgeschreckt wurden, war der Brand bereits so weit fortgeschritten, daß die Treppen teilweise nicht mehr zu benutzen waren. Viele Gäste entschlossen sich zum Sprung aus dem Fenster, andre ließen sich an zusammengeknoteten Bettlaken herab. Aus den oberen Stockwerken des brennenden Hotels hatte sich eine Anzahl der Gäste auf das Dach eines Nachbarhauses geflüchtet, wo sie ausharrten, bis sie von Feuerwehrleuten gerettet wurden. Es gelang den Motorspritzen, den Brand in den ersten Morgenstunden so weit einzudämmen, daß keine Gefahr mehr für die anstoßenden Häuser bestand. Gegen 4 Uhr war man des Feuers vollkommen Herr geworden.

Etwa zur gleichen Stunde brach im „Theater Royal" in der Industriestadt Sheffield ein Brand aus, der das Gebäude bis auf die Grundmauern vernichtete. Das Theater, das drei Straßenfronten hat, liegt in einem winkligen Stadtviertel. Eine Zeitlang wurde befürchtet, daß das gegenüberliegende Luzeum-Theater ebenfalls in Flammen aufgehen würde. Zum Teil sehr wertvolle Kostüme und Kulissen wurden mit zerstört. Das Theater Royal, eine der ältesten Vergnügungsstätten Sheffields, war erst im Oktober erneuert worden.

Neuer politischer Mord in Chikago

× **London**, 30. Dezember. (Durch Funkspruch)

In Chikago wurde, wie Reuter meldet, am Montag das Mitglied der gesetzgebenden Versammlung des Staates Illinois, Albert Prignano, von drei Verbrechern erschossen und beraubt. Man glaubt, daß es sich trotz der Beraubung um einen Mord aus politischen Beweggründen handelt. Dies ist der zweite politische Mord in Chikago innerhalb weniger Wochen. Am 19. Dezember wurde der Zeitungsverleger Liggett aus einem Kraftwagen heraus erschossen.

Wieder Kabinettskrisis in Madrid

× **Madrid**, 30. Dezember

Der spanische Ministerpräsident gab am Montagmittag bekannt, daß er dem Staatspräsidenten den Rücktritt der gesamten Regierung angezeigt habe.

Klare Antwort an Moskau

Weitere Enthüllungen in Montevideo — Sowjetbeschwerde in Genf?

× **Montevideo**, 30. Dezember

Der bisherige Sowjetgesandte Minkin überreichte am Sonntag im uruguayischen Außenministerium eine Note, in der behauptet wurde, die Beschuldigungen der uruguayischen Regierung gegen die Sowjetgesandtschaft seien vollkommen unbewiesen, weshalb er sie unter Protest zurückweise.

Der uruguayische Außenminister Espalter sandte diese Note mit einem Schreiben an Minkin zurück. Darin heißt es: „In Kenntnis des Wortlauts Ihrer Note teile ich mit, daß ich es nicht für angebracht halte, in eine Erörterung der Gründe für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion einzutreten, da Sie nicht mehr anerkannter diplomatischer Vertreter bei unsrer Regierung sind. Wegen der unangebrachten Wendungen, die Sie gebraucht haben, setze ich Sie davon in Kenntnis, daß ich Ihre Note nicht behalten kann und daher zurückgebe. Außerdem habe ich mit Erstaunen gesehen, daß Ihre Note heute nachmittag veröffentlicht worden ist."

•

Die Antwort, die die uruguayische Regierung dem Sowjetvertreter auf seinen Protest gegeben hat, ist ebenso klar und konsequent wie ihr ganzes bisheriges Vorgehen. Das Material, das inzwischen noch bekanntgeworden ist, rechtfertigt dieses Vorgehen auch bis zum letzten. Es hat sich ganz unzweideutig herausgestellt, daß die Fäden aller revolutionären Unruhen, die in den letzten Jahren die südamerikanischen Staaten erschütterten, tatsächlich in der Sowjetgesandtschaft von Montevideo zusammenliefen. Der Gesandte Minkin ist auch persönlich aufs schwerste belastet. Insbesondere steht fest, daß er sehr freigebig Gelder an Putschisten verteilt hat. So hat er Schecks in Höhe von 300 000 Goldpesos ausgestellt; die Herkunft dieses Geldes ist offiziell noch „unbekannt" — jeder aber weiß natürlich, daß es aus Moskau stammt. Sehr aufschlußreich ist weiter ein Bericht der Londoner „Times" aus Riga, in dem es heißt, sowohl die Räteregierung wie die kommunistische Internationale hätten Uruguay seit langem als Sprungbrett für ihre unterirdische Arbeit in ganz Südamerika benutzt. Die kommunistische Internationale habe sich in Montevideo sichergefühlt. Bei den Vorbereitungen für den letzten Weltkongreß in Moskau habe sie sich sogar offen mit den Fortschritten gebrüstet, die die von Montevideo aus gelenkten kommunistischen Kräfte in Lateinamerika erzielt hätten.

Man kann es verstehen, daß Moskau über das energische Durchgreifen der Regierung von Uruguay und über die neue Aufdeckung der sowjetamtlich betriebenen Umsturzpropaganda keinerlei Freude empfindet. Nach bekanntem Rezept behauptet man in Moskau natürlich, daß die Feststellungen der uruguayischen Regierung „unbegründet" seien. Aber man treibt dieses Mal die Dreistigkeit noch weiter: eine Moskauer Meldung besagt, daß die Sowjetregierung möglichenfalls vor dem Völkerbund in Genf Beschwerde gegen Uruguay führen werde. Daß der Weg nach Genf den Moskauer Machthabern als brauchbares Mittel erscheint, kann bei näherer Betrachtung der Dinge nicht wundernehmen. Einmal dauert in Genf alles sehr lange. Zum andern hat man dort jetzt ganz andre Sorgen als Uruguay und die Komintern. Die Frage der kommunistischen Propaganda und das Treiben der Moskauer Agenten wird ja in Europa vielfach als Bagatelle angesehen und behandelt. Die Sowjetrussen brauchen also nicht zu befürchten, daß „in Sachen Moskau contra Montevideo" da'd etwas geschehen würde. Sie fühlen sich ohne Zweifel sicher, daß noch viel Wasser, sagen wir einmal: die Wolga und den Takazze hinabfließen würde, ehe man, wie Moskau es verlangen will, Uruguay überhaupt auffordern könnte, Beweise für seine Beschuldigungen vorzulegen. Im übrigen hat ja Uruguay der Weltöffentlichkeit bereits ein schlechthin erdrückendes Beweismaterial unterbreitet. Wer sehen und hören will, weiß Bescheid und bedarf keines Genfer Verfahrens mehr.

Warnende italienische Stimme

× **Rom**, 30. Dezember

Unter dem Stichwort „Der Bolschewismus erhebt das Haupt" weist das halbamtliche Sonntagsblatt „Voce d'Italia" anläßlich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Uruguays mit Sowjetrußland auf das Anwachsen der bolschewistischen Weltpropaganda hin, die sich in den letzten Wochen plötzlich wieder mächtig rege und nicht nur in Südamerika, sondern auch in Asien, in Afrika und nicht weniger in Europa ihr Unwesen treibe. Ihre erste Nahrung finde sie in der täglich deutlicher werdenden Unzulänglichkeit mancher parlamentarischen Regierungen. Das Vorgehen Japans in Nordchina sei vor allem durch den Willen gerechtfertigt, diese fünf Provinzen vor dem Kommunismus zu retten. Alle europäischen Staaten mit großen afrikanischen Interessen würden ohne Ausnahme die Wirkungen dieser für die afrikanische Seele besonders verfänglichen Propaganda zu spüren bekommen, und es sei höchst verwunderlich, daß diese Staaten für die Größe der Gefahr keinen Sinn hätten.

Frankreichs Unterstützung für England

Vorbereitungen der französischen Flotte und Luftwaffe?

Telegramm unsres Korrespondenten

H. **Paris**, 30. Dezember

Nach den Erklärungen Lavals über die Unterstützung Englands im Mittelmeer nimmt man allgemein an, daß Frankreich schon mit der Vorbereitung der Ausführung seiner Verpflichtungen begonnen habe. Es heißt, daß die französische Flotte auf allen Meeren inzwischen sich in Richtung des Mittelmeeres bewege, daß die Luftstreitkräfte, soweit sie als verwendbar und abkömmlich erscheinen, den dem Mittelmeer benachbarten Flughäfen, auch in Nordafrika, zugeführt würden und daß schließlich auch die Häfen von Toulon und Bizerta gut instand gesetzt würden. Dazu soll auch die Lagerung von beträchtlichen Petroleummengen in den französischen Mittelmeerhäfen gehören.

Vermehrung des Mannschaftsbestandes der englischen Marine

× **London**, 30. Dezember

Die Voranschläge der englischen Admiralität sehen „Sunday Chronicle" zufolge eine Vermehrung des Mannschaftsbestands der Marine um 3000 Mann vor. Als Grund wird einmal die ungenügende Bemannung und das Fehlen einer ausreichenden Reserve für die jetzt vorhandenen Schiffe angegeben, zum andern wird die rechtzeitige Heranbildung von Mannschaften für die Neubauten der nächsten Jahre für unumgänglich gehalten. Darüber hinaus sollen die Matrosen, deren Dienstzeit jetzt oder in absehbarer Zeit abläuft, aufgefordert werden, sich für einen weiteren Zeitraum von mehreren Jahren zu verpflichten.

Amerika und die Oelsperre

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

b **Washington**, 30. Dezember. (United Preß)

Die ersten Andeutungen über die Absicht Roosevelts und Hulls, vom Kongreß Vollmachten zur Einführung eines Petroleumembargos zu verlangen, machte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses Mac Reynolds in einer Unterredung mit der United Preß. Er erklärte, daß er dafür sei, daß die Regierung Vollmachten erhalte, über jedes Produkt ein Embargo zu verhängen, bei dem es ratsam erscheine. Da Mac Reynolds auch der Regierungssprecher in auswärtigen Angelegenheiten ist, glaubt man, daß seine Ansichten die der Regierung wiedergeben.

Atempause für Laval

Der knappe Kammersieg — Deutschland und Frankreich

Laval ist von dem Schicksal seines Vorgängers bei den Pariser Vermittlungsvorschlägen, Sir Samuel Hoare, verschont geblieben. Am Sonnabend hat sich in der Kammer eine Mehrheit hinter ihm versammelt. Allerdings eine sehr knappe Mehrheit: Als er gegen den radikalsozialen Antrag die Vertrauensfrage stellte, erhielt er eine Mehrheit von nur 20 Stimmen. Bei der Abstimmung über die von dem Abgeordneten Chappedelaine eingebrachte Vertrauensentschließung war das Stimmenverhältnis dann 304:301. Dieses Vertrauensvotum bedeutet aber zweifellos noch nicht das letzte Wort, noch nicht eine Entscheidung von längerer Dauer über die Regierung Laval. Wenn am 14. Januar die neue Sitzungsperiode eröffnet wird, dürfte es auch gleich wieder neue Schwierigkeiten geben. Immerhin ist es aber einstweilen von Bedeutung, daß Laval jetzt als Außenminister nicht gestürzt worden ist.

Ein solcher Sturz wäre auch, vom Standpunkt der französischen Außenpolitik aus gesehen, unpolitisch gewesen. Laval ist bei den Pariser Vorschlägen von andern Ueberlegungen und Voraussetzungen ausgegangen als Hoare, und er mußte das tun. Für ihn galten andre Bedingungen als für seinen englischen Kollegen. Seine Lage war auf keinen Fall so eindeutig wie die englische. Für Laval war nicht allein die Frage der Treue zum Völkerbund und seinem kollektiven System maßgebend; für ihn stand ebensosehr das Verhältnis zu Italien, nicht von Genf aus betrachtet, sondern als französisch-italienisches Verhältnis schlechthin, auf dem Spiel. Und das französisch-italienische Verhältnis ist anders als das englisch-italienische. Es ist gerade durch die Politik Lavals, durch den historischen Besuch in Rom zu Anfang dieses Jahres anders geworden. Soweit man überhaupt die Entwicklung um den abessinischen Krieg an politischen Ideen messen will, darf man feststellen, daß es für Frankreich um den Gedanken des Völkerbundes und um die „lateinische Freundschaft" zu gleichen Teilen bisher gegangen ist und wohl auch weiterhin gehen wird.

Laval hat mit besonderem Nachdruck unterstrichen, daß England von ihm ausreichende Zusicherungen, sogar mit den entsprechenden technischen Einzelheiten, „für die erforderliche Unterstützung im Ernstfalle" erhalten habe. Es war das erstemal, daß von französischer Seite eine derartige Bestätigung erfolgte. Diese Bestätigung erhielt freilich ihre besondere Note durch die weitere Feststellung, daß Frankreich auf dem Wege der Vermittlung bleiben wolle. Tatsache ist freilich, daß die Pariser Vorschläge nun auch von der französischen Regierung und der französischen Kammer feierlich begraben worden sind. Die Rede Lavals und der Ausgang der außenpolitischen Kammerdebatte haben den Kurs bestätigt, der sich in dem Rücktritt Sir Samuel Hoares und der ihm folgenden Unterhausaussprache abzeichnete, nämlich den sogenannten scharfen Kurs, den Kurs der Sanktionen. Laval hat auch, als er am Sonnabend vor der Abstimmung nochmals das Wort ergriff, die Erdölsperre nicht rundweg abgelehnt, sondern nur vorsichtig erklärt, diese Frage sei noch nicht zeitgemäß, da erst der amerikanische Kongreß einen Beschluß fassen müsse. Auch hier verstärkte sich der Eindruck, daß Laval den allergrößten Wert darauf legt, die Beziehungen mit England so gut wie nur möglich zu erhalten.

Im übrigen waren die Reden Lavals am Freitag und am Sonnabend ein taktisches Meisterstück. Sie waren ebensosehr die Reden des bedrängten Regierungschefs wie die Reden des Außenministers. Er hat sich bemüht, ein Gesamtbild der französischen Außenpolitik zu zeichnen, allerdings ein Gesamtbild, dessen Umrisse sehr oft der Ministerpräsident, der um seine Mehrheit kämpfende Innenpolitiker, zog. So wurden diese Umrisse nicht immer klar. Laval hat auch die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland berührt, dabei aber kaum etwas gesagt, was wir nicht von ihm und überhaupt aus Paris schon sehr oft gehört hätten. Die Verteidigung des von Frankreich geförderten Paktsystems und im besonderen des Bündnisses mit der Sowjetunion stand dabei durchweg im Vordergrund. Wir wollen dabei die an die Adresse Deutschlands gerichteten Beteuerungen in ihrer freundlichen Tendenz und vor allem das Wort „Verständigung" nicht überhören. Wir können indes auf der andern Seite nicht übersehen, daß sich im Grundsätzlichen noch nichts geändert hat. Um von der Bereitschaft zur Verständigung, an der wir nicht zweifeln wollen, zur Bewährung durch die Tat zu gelangen, muß sich noch manches im Geist und in der Richtung der europäischen Politik und ebenso sehr in der Auffassung ihrer Akte ändern. Immerhin sollen die Erklärungen Lavals als wertvoll betrachtet werden.

J. Br.

SLUB
Wir führen Wissen.